

Leitantrag Beschlüßfassung LPT

(Quelle: Beschlussprotokoll LPT 7.4.2001)

Antrag Nr. 01//01

Berlin – Stadt des Wissens

Zehn Beschlüsse der Berliner SPD zur Bildungs- und Wissenschaftspolitik

Zukunft braucht Bildung und Wissenschaft. Bildung und Wissenschaft sind in unserer Wissensgesellschaft Voraussetzungen für gesellschaftlichen Fortschritt, für das Gelingen der Demokratie, für wirtschaftliche Entwicklung und für soziale Sicherheit. Wissenschaft dient der Gewinnung neuer Erkenntnisse und ihrer Weitervermittlung. Sie ordnet, deutet und bewahrt Wissen, sie ist ein immer wichtiger werdender Teil unserer Kultur. Wir brauchen neues Wissen und vor allem Menschen, die damit umgehen können. Wissen ist der Motor für die wirtschaftliche und technische Entwicklung, das soziale Zusammenleben und die Kultur unserer Stadt.

Im Beschäftigungssystem werden, insbesondere in Verbindung mit dem Anwachsen des Dienstleistungsbereichs, immer höhere Qualifikationsanforderungen gestellt. Der rohstoffarme Wirtschaftsstandort Deutschland ist auf die Heranbildung der notwendigen qualifizierten Fachkräfte und insgesamt auf mehr Wissen und Bildung angewiesen.

Die Chancengleichheit aller beim Zugang zur Bildung unabhängig von Herkunft, Einkommen, Geschlecht und Alter ist für die Sozialdemokratie eine Grundfrage sozialer Gerechtigkeit und Voraussetzung für individuellen Wohlstand. Wir wollen beginnend bei der frühkindlichen Erziehung bis zum hohen Alter das Interesse an Bildung fördern. Gute Ausbildung bietet bessere Lebenschancen und führt zu stärkerem demokratischem Engagement.

Berlin verfügt über ein hoch differenziertes Bildungssystem, das in seiner Vielfalt erhalten und weiter entwickelt werden muss. Das Berliner Bildungssystem ist stark, weil die Bildungsgänge durchlässig sind und aufeinander aufbauen. Es ist stark, weil es die vielen Kulturen unserer Stadt kreativ aufeinander bezieht, und es ist stark, weil es vielfältige Angebote für besondere Begabungsrichtungen bereithält. Sozialdemokratische Bildungspolitik bekennt sich zu diesen Stärken und zielt auf einen Ausbau im Sinne eines Systems lebensbegleitenden Lernens.

Wesentlich für die Sicherung von Bildungschancen bleiben die Durchlässigkeit des Systems und die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Abschlüsse. Das garantiert in einer sich verändernden Welt die notwendige Flexibilität und Offenheit für neue Ausbildungsgänge und Berufsbilder. Gleichrangig ist die Eigenverantwortung für den Erwerb von Bildung und Qualifikationen. Bildung braucht das sinnvolle Zusammenspiel von staatlicher Verantwortung, freien Trägern und dem Engagement Einzelner. Dabei ist es eine wesentliche Aufgabe der Bildungspolitik, bestehende Ungleichheiten abzubauen und neue zu verhindern. Zwingend geboten ist eine Aufwertung der traditionellen Frauenberufe.

In unserer Stadt leben nicht nur Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten - die Stadt selbst ist Potenzial für neue Entwicklungen und Chancen.

Berlin muss eine Stadt der Bildung und des Wissens, eine Stadt des bewussten und gezielten Anbieten und Nutzens von Chancen werden! Bildung und Wissenschaft sollen in der künftigen Finanzplanung der Stadt oberste Priorität haben. Das bedeutet, dass trotz sinkender Schülerzahlen der Bildungsetat Berlins auch in Zukunft mindestens auf der Höhe des Jahres 2001 gehalten werden muss. Das Berliner Bildungswesen muss eine Vorreiterrolle in der Bildungspolitik einnehmen, es gilt neue wissenschaftliche und gesellschaftliche Diskurse zu initiieren – die Berliner SPD lädt mit ihren folgenden Schwerpunktsetzungen zu einer breiten Debatte über Chancengleichheit ein.

Sozialdemokratische Bildungspolitik ist angesichts einer sich rasant verändernden gesellschaftlichen Wirklichkeit vor besondere **Anforderungen** gestellt:

- Wir leben in einer Wissens- und Informationsgesellschaft, geprägt von immer neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und technologischen Entwicklungen, die das Zusammenleben in der Gesellschaft beeinflussen.
 - Eine von der Globalisierung beeinflusste Gesellschaft, internationale Arbeitsteilung, neue Technologien und verstärkte Zuwanderung fordern nicht nur den Staat, sondern auch den einzelnen heraus, sich gegenüber anderen Kulturen, Denk- und Arbeitsweisen zu öffnen. Bildung muss ihn befähigen, sich selbst in diesem Prozess Chancen zu schaffen.
-

- Das Bildungssystem hat die Aufgabe den Zusammenhalt der Gesellschaft zu fördern. Daher muss es den oder die einzelnen befähigen soziale Verantwortung zu übernehmen. Elementare Voraussetzung für gelungene Integration der Gesellschaft ist Chancengleichheit als Leitbild sozialdemokratischer Bildungspolitik.
- Bildung ist die wichtigste Grundlage für den Wohnstand moderner Gesellschaften. Die Sicherung und Entwicklung der Zukunft beruht vorrangig auf dem Wissensstand der Menschen und ihrer Fähigkeit zur Kommunikation. Bildung ist mehr als Erwerb von Wissen und kognitiven Fähigkeiten. Die Vermittlung sozialer und personaler Kompetenzen sowie von Medienkompetenz und Methodenlernen zählt zu den zentralen Anforderungen an eine Bildungsgesellschaft. Angesichts der Schnelligkeit, in der unser Wissen zunimmt und sich spezifiziert, werden den Lernenden neben einem hohen Maß an allgemeiner Bildung und Fachkenntnissen vor allem methodische Fertigkeiten helfen, ihren Weg zu finden und sich in Ausbildung, Studium und Beruf, in der Familie und in gesellschaftlichem Engagement weiterzuentwickeln. Neben der Aktualisierung des Wissens nimmt das "Lernen lernen" an Bedeutung zu und wird für alle zu einer lebensbegleitenden Aufgabe.
- Die Gestaltung einer Gesellschaft, in der Menschen unterschiedlicher ethnischer, sozialer und kultureller Herkunft gleichberechtigt zusammenleben, kann nur über Bildung und Erziehung gelingen. Unsere Aufgabe ist es, Chancengleichheit für alle Kinder unabhängig von ihrer Herkunft zu sichern und Eltern in der Wahrnehmung dieser Verantwortung gegenüber ihren Kindern zu stärken. Ziel ist es dabei zu lernen, im Alltag Unterschiede als Gewinn und nicht als Bedrohung wahrzunehmen.
- Das Prinzip von Gender Mainstreaming ist der Ansatz, in allen Institutionen und bei staatlichem Handeln die Geschlechterungleichheit zu überwinden. Es muss im Prozess der Reform der Bildungseinrichtungen realisiert werden, um unseren Anspruch an tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter Rechnung zu tragen.

Die Vielfalt Berlins spiegelt sich in seinen Bildungseinrichtungen wider. Menschen unterschiedlicher sozialer, religiöser, weltanschaulicherer und ethnischer Herkunft treffen ebenso wie solche mit unterschiedlichen geschichtlichen Hintergründen und politischen Erfahrungen zusammen. Darin liegt eine große Chance für Berlin.

Aber: Soziale Verwahrlosung, mangelnde Kenntnis der deutschen Sprache, fehlende Beherrschung notwendiger Kulturtechniken nehmen zu. Immer mehr Schulen werden zu Brennpunkten sozialer Trennung und zum Spiegel gesellschaftlicher Probleme. Schulen befinden sich deshalb nicht selten in einer Abwärtsspirale, in der die Qualität des Bildungsangebots und damit die Chancen der Kinder weiter sinken. Deswegen erfordern Schulen in unterschiedlichen Milieus unterschiedliche Formen der Unterstützung.

Gerade die Grundschulen und die Sekundarstufe I in den Problemquartieren bedürfen einer besonderen Ausstattung. Unverzichtbar ist dort eine ganztägige Betreuung, u.a. mit Arbeitsgemeinschaften, Projektgruppen, Nachhilfe und freizeitpädagogischer Betreuung. Die hierfür erforderlichen zusätzlichen Personal-, Honorar- und Sachmittel sind zur Verfügung zu stellen. Dabei ist der zielgenaue Einsatz bereits vorhandener personeller Ressourcen erneut zu überprüfen.

Ein zeitgemäßes Leitbild von Bildung muss die Förderung von Eigenständigkeit, sozialer Verantwortung, kommunikativen Fähigkeiten, interkulturellem Verständnis, friedlicher Konfliktlösung sowie die Verbindung von kognitivem, sozialem und emotionalem Lernen in den Mittelpunkt stellen. Es beinhaltet die Förderung rationalen Denkens ebenso wie die Ausbildung musischer Begabungen.

Rasante gesellschaftliche Veränderungen und wachsende soziale Widersprüche spiegeln sich auch in der Lebenssituation von Jugendlichen wider. So haben immer mehr Eltern Probleme die Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder im nötigen Umfang wahrzunehmen. Gleichzeitig sind nicht selten Pädagoginnen und Pädagogen in den Bildungseinrichtungen (wie Schule, Kindertagesstätten, Jugendeinrichtungen) mit Situationen konfrontiert, in denen sie sich überfordert fühlen. Das Bildungs- und Erziehungssystem muss sich den Anforderungen stellen, die sich aus dem rapiden Wandel der Gesellschaft und der daraus resultierenden veränderten Situation von Kindern und Jugendlichen ergeben. Hieraus ergeben sich neue Anforderungen an Kooperation der verschiedenen Einrichtungen und an die Qualifikation des pädagogischen Fachpersonals.

Wir brauchen eine breite gesellschaftliche Debatte darüber, welche Rolle künftig Elternhaus und Familie, Schulen und Jugendeinrichtungen, Medien, Sportvereine, Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften bei der Bildung und Erziehung, der Entwicklung sozialer und kultureller Kompetenzen unserer Kinder und Jugendlichen übernehmen sollen. Alle müssen beteiligt sein; auch die Verantwortung der Eltern ist zu stärken. Das gesellschaftliche Angebot muss auf die Bedürfnisse von Eltern und Kindern abgestimmt sein. Der Staat soll dort helfen, wo Eltern nicht mehr in der Lage sind, der Verantwortung gegenüber ihren Kindern nachzukommen.

Über gezieltes Qualitätsmanagement und Wertausgleichsmaßnahmen ist die Attraktivität und Akzeptanz aller Schulen auf ein gleiches Niveau zu heben und insgesamt zu erhöhen. Denn die Akzeptanz der Schulen bei Eltern und Schülerinnen und Schülern entscheidet auch über die Wohnortwahl und über die Attraktivität von Quartieren.

Die Berliner SPD setzt folgende **Schwerpunkte** zur kreativen Weiterentwicklung des Bildungssystems:

1. Chancengleichheit

Chancengleichheit ist das Leitprinzip sozialdemokratischer Bildungspolitik. Sie sichert das individuelle Recht auf Bildung, ist gesellschaftlich notwendig und bestimmt als Orientierung die konzeptionellen und praktischen Entscheidungen der Berliner Sozialdemokratie.

Kindertagesstätten erhalten einen immer größeren Stellenwert als Bildungseinrichtung. Die Zugänge zu Wissen und Lernen, die Grundlagen für das Erlernen der Schlüsselqualifikationen, die Fähigkeiten, das Lernen zu lernen werden in den frühen Jahren gelegt. Von daher kommt der mehrjährigen vorschulischen Erziehung in der Tagesstätte als Elementarbereich des Bildungswesens eine besondere Bedeutung zu. Neben der Betreuung müssen daher der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Kindertagesstätte und seine qualifizierte Umsetzung gestärkt werden.

Alle Kinder sollten die Chance haben, an dem vorschulischen Bildungsangebot in der Kindertagesstätte teilzunehmen. Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen sich daher für den vorgesehenen Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz für Kinder schon ab zwei Jahren ein und werden auch künftig darauf hinwirken, dass Kosten und Rahmenbedingungen für Eltern keine unüberwindbare Hürde darstellen, ihre Kinder in die Kindertagesstätte zu bringen.

Die Flexibilisierung der Schuleingangsphase und der Dauer der ersten Grundschuljahre soll allen Kindern ermöglichen, ihrem Tempo entsprechend Lernstärken zu entwickeln und Lernschwächen auszugleichen.

Die kostenfreie Vorschule ist auf Initiative der SPD in Berlin eingeführt worden und muss erhalten bleiben. Wenn Kinder vom 3. Lebensjahr an sprachlich gefördert werden, um ihnen die elementare Voraussetzung für den Lernerfolg in der Schule zu vermitteln, ist das eine Förderung für alle Kinder, nicht nur für Kinder nicht-deutschsprachiger Mitbürgerinnen und Mitbürger. Nur auf dieser Basis kann die wirkliche Chance zur Teilhabe an Bildung und Ausbildung realisiert werden.

Die sechsjährige Grundschule ermöglicht das gemeinsame Lernen von Kindern aus unterschiedlichen sozialen und kulturellen Schichten. Das erfordert hinreichen kleine Klassen. Nur dies erlaubt eine der kindlichen Entwicklung angemessene Entscheidung über den weiteren Bildungsweg. Deshalb halten wir an der sechsjährigen Grundschule fest, die stufenweise durch Formen der inneren und äußeren Differenzierung ergänzt wird, um besondere Begabungen zu fördern und Lerndefizite zu beheben. Dabei sollen die einzelnen Grundschulen über das jeweilige Differenzierungsmodell im Rahmen einer Bandbreite entscheiden.

Aus der "Verlässlichen Halbtagsgrundschule" heraus soll stufenweise eine Ganztagschule für alle Kinder in Berlin entwickelt werden. Bestehende Kooperationen mit außerschulischen Institutionen müssen intensiv ausgebaut werden.

Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe muss ausgebaut werden und verpflichtend sein. Im neuen Schulgesetz sind die rechtlichen Voraussetzungen, die im Kinder- und Jugendhilfegesetz bereits gegeben sind, zu schaffen. Die Kooperation umfasst Schulsozialarbeit, außerschulische Angebote, Kooperation mit Kitas, Jugendsozialarbeit und rechtzeitige Alternativangebote für sogenannte Schulversager.

Wir setzen uns ein für den Erhalt und weiteren Ausbau von Jugendkunstschulen als Baustein im kommunalen Bildungsangebot.

Integrierte Schulsysteme sind am besten geeignet, die individuelle Förderung von leistungsstarken wie leistungsschwächeren Schülerinnen und Schülern zu gewährleisten und Chancengleichheit zu sichern. Das Prinzip der Gesamtschule ist die Differenzierung in Fachleistungs- und Wahlpflichtunterricht auf der Basis gemeinsamen Unterrichts in der gemeinsamen Schule. Gesamtschulen sind besonders geeignet, um den erzieherischen und Bildungsanforderungen von morgen gerecht zu werden. Gesamtschulen, die auch zum Abitur führen, werden aber nur dann als wirkliche Alternative zum Gymnasium angesehen, wenn den unterschiedlichen Begabungsprofilen ausreichend Rechnung getragen wird. Die Kooperation der Gesamtschule mit einer oder mehreren Grundschulen ist wünschenswert. Besonders sinnvoll sind

Gesamtschulen in der Form als Europaschulen.

Gleichheit von Bildungschancen bedeutet für die berufliche Bildung die Herstellung der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung. Schülerinnen und Schüler müssen die Möglichkeit haben, sich unabhängig vom Bildungsgrad der Eltern zu entwickeln und zu bilden. Dazu muss ihnen der finanzielle Spielraum gegeben werden, um sie nicht zu einer Verkürzung der Bildungslaufbahn zu zwingen.

Die gemeinsame Förderung von Kindern mit und ohne Behinderung sichert Chancengleichheit, verwirklicht ein Grundrecht und bleibt uneingeschränkter Bestandteil sozialdemokratischer Bildungspolitik. Sie bietet differenzierte Förderung jeder Schülerin und jedes Schülers entsprechend dem jeweiligen Leistungsvermögen. Die Berliner Sozialdemokratie wird die gemeinsame Erziehung in Kindertagesstätten, in Grund- und Oberschulen und in der Berufsausbildung weiter entwickeln.

Die Fortsetzung und Verstärkung des Programms "CidS! - Computer in die Schulen" soll helfen, Methodenkompetenz und Methodenlernen zu vermitteln sowie Unterschiede der Elternhäuser in Ausstattung und Zugang zur Informations- und Kommunikationstechnik auszugleichen. Schulische und außerschulische Expertinnen und Experten sind einzubeziehen, um an die gezielte Nutzung heranzuführen.

Weiterhin sind gezielte Maßnahmen innerhalb und außerhalb der Schule zur Förderung von Mädchen und jungen Frauen zur erfolgreichen und gleichberechtigten Nutzung der IuK-Technologien zu realisieren. Die Chancengleichheit zu stärken, ist zugleich Aufgabe des Zweiten Bildungsweges und des lebensbegleitenden Lernens. Der Elterngeneration muss die Möglichkeit gegeben werden, das Bildungssystem ihrer Kinder zu fördern und zu unterstützen. Erziehungszeiten sind einzuräumen und als gesellschaftlich wertvolle Arbeit zu würdigen.

Wir werden gezielte Fördermaßnahmen entwickeln und finanzieren, um in Wohnquartieren mit besonderem Entwicklungsbedarf die Quote derjenigen zu erhöhen, die einen möglichst hohen Bildungsabschluss erreichen.

2. Integration

Die zunehmende Globalisierung und die aus der Zuwanderung entstandene kulturelle Vielfalt in Berlin erfordern neue Anstrengungen zur Integration aller Kinder und Jugendlichen in Schule und Beruf, unabhängig von ihrer sozialen oder ethnischen Herkunft.

Eine Schule, die sich als Lern- und Lebensstätte versteht und ihre Betreuungsangebote ausdehnt, bietet die besten Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Integration von Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher Nationalität und sozialer Herkunft. Sie wird auch in besonderer Weise den sich verändernden Arbeitsbedingungen gerecht, mit denen sich berufstätige Eltern auseinandersetzen müssen.

Eine neue Bildungsoffensive für Kinder und Jugendliche nicht-deutscher Herkunftssprache soll auch Begabungsreserven mobilisieren und insbesondere durch den frühen Erwerb der deutschen Sprache in Kita und Grundschule eine gleichberechtigte Teilhabe an Schule und Berufsausbildung sichern. Die Förderung des Spracherwerbs ist durch den Ausbau von Angeboten für Mütter von Kindern nicht-deutscher Herkunftssprache zu verbessern. Die Kinder von Einwanderern werden oft erst in der Schule damit konfrontiert, wie wichtig deutsche Sprachkenntnisse sind. Dies ist zu spät und führt nicht selten dazu, dass die gesamte Schulzeit durch Sprachprobleme beeinträchtigt wird und den Kindern der schulische Erfolg versagt bleibt, was zwangsläufig auch die berufliche Qualifikation scheitern lässt. Da Bildung und Ausbildung ausschlaggebende Faktoren für Integration und Zukunftschancen sind, muss die Vermittlung der deutschen Sprache bereits vor der Schule in den Kindertagesstätten beginnen. Hierbei ist nachdrücklich anzustreben, dass möglichst alle Kinder die Kindertagesstätten besuchen. Damit die Elternbeiträge kein Argument dafür sind, ein Kind nicht in die Kita zu geben, werden diese in Problemgebieten konsequent für alle auf den Mindestsatz abgesenkt. Darüber hinaus erhalten Kindertagesstätten für die Aufgabe der Sprachvermittlung zusätzliche finanzielle Mittel.

Insgesamt ist sicherzustellen, dass in sozialen Problemgebieten eine Ganztagsbetreuung aller Kinder bis zur Beendigung des Grundschulbesuchs gewährleistet ist. Wenn die Grundschulen durch ein Ganztagsangebot die Hortbetreuung in den Kindertagesstätten überflüssig machen, können die dadurch frei werdenden Plätze für ein flächendeckendes Angebot für alle Kinder bis zum Schulalter genutzt werden. Kurzfristig muss darauf hingewirkt werden, dass die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Schulabschluss, insbesondere unter den Schülerinnen und Schülern nicht-deutscher Herkunft, drastisch gesenkt wird.

Von der Wissenschaft in Berlin wird erwartet, dass sie verstärkt Kenntnisse der Sprachen, Kulturen, Geschichte und Gesellschaft der Länder vermittelt, aus denen eine große Zahl unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger stammt, und damit zu wechselseitiger Achtung und Integration beiträgt. In einem stärker zusammenwachsenden Europa sind Mehrsprachigkeit und Auslandserfahrung durch Studien und Arbeitsaufenthalte ein wesentlicher Bestandteil von Bildung. Wir werden uns weiterhin für die zweisprachige Erziehung und für mehr Europaschulen einsetzen.

3. Toleranz

Die Berliner SPD tritt für eine verstärkte wertorientierte Erziehung in der Kita und in der Schule ein. Die Vermittlung von Werten muss fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip sein und sich verstärkt in den Rahmenplänen aller Fächer wiederfinden. In einer kulturell vielfältigen Gesellschaft kann Wertevermittlung nur durch interkulturelle Methoden und Inhalte erreicht werden. Innovative Modelle der Werteerziehung müssen erprobt und auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden.

Dabei gibt der § 1 des Schulgesetzes von Berlin den Rahmen vor, in dem grundsätzliche sozialdemokratische Werte festgehalten sind: "Aufgabe der Schule ist es, alle wertvollen Anlagen der Kinder und Jugendlichen zur vollen Entfaltung zu bringen und ihnen ein Höchstmaß an Urteilskraft, gründliches Wissen und Können zu vermitteln. Diese Persönlichkeiten müssen sich der Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit bewusst sein und ihre Haltung muss bestimmt werden von der Anerkennung der Gleichberechtigung aller Menschen, von der Achtung vor jeder ehrlichen Überzeugung und von der Anerkennung der Notwendigkeit einer fortschrittlichen Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse sowie einer friedlichen Verständigung der Völker. Dabei sollen die Antike, das Christentum und die für die Entwicklung des Humanismus, zur Freiheit und zur Demokratie wesentlichen gesellschaftlichen Bewegungen ihren Platz finden".

Sozialdemokratische Schulpolitik will die Eltern ermutigen, sich am Schulleben zu beteiligen und ihre Kinder darin zu unterstützen, die kulturelle Vielfalt Berlins als Bereicherung zu erfahren. Verstärktes Engagement der Eltern im Schulleben soll u. a. durch einen Ausbau der Mitbestimmung erfolgen. Ein so verstandener Bildungsauftrag wirkt fremdenfeindlichen, rechtsextremistischen, rassistischen als auch frauenfeindlichen Tendenzen sowie der Entwicklung von Gewalt in der Gesellschaft entgegen.

Dazu gehört auch, die Europäische Union als Kultur- und Wertegemeinschaft bereits im Schulunterricht begreifbar zu machen und dem Prinzip der Unionsbürgerschaft eine neue Dimension zu verleihen.

Schule soll bei den Heranwachsenden Verständnis und Toleranz gegenüber Menschen mit homosexueller Orientierung fördern. In diesem Sinne ist in die Rahmenpläne und den Unterricht auch die Vermittlung von Wissen über gleichgeschlechtliche Partnerschaft aufzunehmen.

4. Leistung

Die neuen Herausforderungen in Gesellschaft und Arbeitswelt erfordern Leistungsbereitschaft und Engagement des Einzelnen.

Aufgabe der Schule ist es, die Leistungsfähigkeit aller Schülerinnen und Schüler zu entwickeln und sie als Persönlichkeiten heranzubilden. Sprachkompetenz ist eine zentrale Voraussetzung, um den persönlichen und beruflichen Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden. Neben kognitivem Wissenserwerb sind auch Medien-, Methoden- und Sozialkompetenz zu vermitteln. Nur so werden die Schülerinnen und Schüler auf die Anforderungen des Berufslebens vorbereitet.

Die Berliner SPD strebt den frühen Beginn des Fremdsprachenlernens an. Als erster Schritt wird noch in dieser Legislaturperiode ab Klasse 3 Fremdsprachenunterricht zum ordentlichen Lehrfach. Das Ziel ist, dass alle Schülerinnen und Schüler am Ende ihrer Pflichtschulzeit neben der deutschen Sprache eine Fremdsprache beherrschen. Fachunterricht soll auch in Fremdsprachen angeboten werden können.

Um Sprachen und Kulturen auch vor Ort erleben zu können und das Interesse an den Nachbarstaaten im frühen Alter zu wecken, muß der internationale Austausch von Schülern und Lehrern gefördert werden.

Die Berliner SPD will den Erwerb mathematisch-naturwissenschaftlicher Kompetenzen für Jungen und Mädchen systematisch von der Grundschule her aufbauen. Neue Unterrichtsformen sollen das Verständnis für mathematisch-naturwissenschaftliche Zusammenhänge erhöhen und den Zugang zu neuen Techniken erweitern. Spätestens mit Übergang in die Oberschule muss daher Unterricht in den naturwissenschaftlichen Disziplinen wieder mit höherer Wochenstundenzahl in allen Klassenstufen angeboten werden. Die Studentafel ist entsprechend zu ergänzen.

Die Breite und Qualität der schulischen Bildung, die mit dem Abitur nachgewiesen wird, muss gesichert bleiben. Mit dem Abitur soll weiter die Hochschulzugangsberechtigung für grundsätzlich alle grundständigen Studiengänge an Hochschulen erworben werden. Der Anteil der jungen Menschen, die diesen schulischen Abschluss erreichen, ist deutlich zu steigern.

Die Senkung der Ausbildungszeiten ist notwendig, um die Konkurrenzfähigkeit der Absolventinnen und Absolventen unseres Bildungssystems im europäischen Wettbewerb zu garantieren. Die SPD spricht sich daher für eine Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf zwölf Jahre aus. Voraussetzungen hierfür sind die Beibehaltung des bisherigen inhaltlichen Angebots, die Straffung der Lehrpläne, zahlreiche Ganztagsangebote sowie die gleichzeitige Sicherung der Anschlussfähigkeit und Durchgängigkeit der verschiedenen Bildungsgänge bis zum Abitur. Die besonderen Bedingungen der Gesamtschule und der Oberstufenzentren sind dabei zu berücksichtigen. Darüber hinaus ist durch eine Flexibilisierung der Schuleingangsphase und durch eine an der individuellen Leistung orientierte Schulzeit eine weitere Kürzung der schulischen Ausbildung möglich.

Einen wesentlichen Beitrag zur Verkürzung der Ausbildungszeiten müssen auch die Hochschulen leisten. Sie haben durch die Gestaltung der Studiengänge sicherzustellen, dass die Studienabschlüsse von der weit überwiegenden Zahl der Studentinnen und Studenten in der Regelstudienzeit erbracht werden können. Darüber hinaus ist eine Erhöhung des Frauenanteils auf allen Qualifikationsstufen zu gewährleisten.

Die notwendige Ausweitung und Differenzierung der Hochschulausbildung muss mit der Einführung des europaweit verabredeten gestuften Systems der Hochschulausbildung (Bachelor, Master) einhergehen. Nach einem ersten fachlich breiter angelegten berufs-qualifizierenden Abschluss nach in der Regel drei Jahren soll sich in der zweiten Stufe ein differenziertes weiteres Studienangebot anschließen, das unterschiedliche Interessen, berufliche Ziele und Leistungsbereitschaft berücksichtigt. Dabei sollen die bisherigen Fachhochschulen und Universitäten mit ihren überwiegend unterschiedlichen Studienkulturen und Praxisorientierungen verstärkt in Konkurrenz treten. Die Berliner Sozialdemokratie tritt dafür ein, dass möglichst viele Hochschulbereiche und grundsätzlich alle außeruniversitären Forschungseinrichtungen im überregionalen und internationalen Vergleich in der Leistungsspitze zu finden sind.

Chancengleichheit bedeutet, dass jede/r entsprechend ihrer/seiner Begabung gefördert wird. Dies schließt eine besondere Förderung für Begabte ein. Unsere Gesellschaft braucht Leistungseliten, die auch soziale und gesellschaftliche Verantwortung übernehmen.

5. Wettbewerb

Mehr Eigenständigkeit, Handlungsfähigkeit und Verantwortung der einzelnen Bildungseinrichtungen und Wettbewerb untereinander sollen zu einer Qualitätssteigerung der Einrichtungen und effizienterem Mitteleinsatz beitragen. Aufgabe des staatlichen Trägers ist es, für Chancengleichheit und bedarfsgerechte Ausstattung zu sorgen und damit für einen Wettbewerb durch Profilierung und Transparenz. Die Lehrenden und Lernenden sollen in die Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung einbezogen werden.

Zentrales Element der Berliner Schulreform ist deshalb die wachsende Verantwortlichkeit der einzelnen Schule gegenüber ihren Schülerinnen und Schülern, den Eltern und der Schulgemeinschaft. Die einzelne Schule übernimmt Verantwortung für ihr pädagogisches Programm und die Entwicklung eines unverwechselbaren Profils. In Zusammenarbeit mit der Schulverwaltung werden das Personalmanagement, die Personalentwicklung, einschließlich der Auswahl von Lehrerinnen und Lehrern, sowie die Ressourcenverwaltung Aufgaben der Schule. Dienststelle bleibt die untere Schulaufsichtsbehörde.

Die Eigenverantwortung in der einzelnen Schule verlangt eine verantwortliche Leitungskompetenz. Die Auswahl der Schulleiterin oder des Schulleiters erfolgt durch die Schulbehörde unter Beteiligung der Schulkonferenz.

Interne Rechenschaft und externe Kontrollsysteme sichern die Vergleichbarkeit der Bildungsangebote, die Entwicklung der Qualitätsstandards und die Realisierung der Schulprogramme. Dabei werden die unterschiedlichen Voraussetzungen der Einzelschule und Maßnahmen des Wertausgleichs berücksichtigt. Durch geeignete Verfahren werden die individuellen Lernerfolge und der Wissensstand der Schülerinnen und Schüler regelmäßig überprüft.

Ziel ist hierbei nicht die Erstellung landesweiter Ranglisten, sondern die Bestimmung interner Defizite der einzelnen Schulen, die den Schulen als Grundlagen bei der Verbesserung ihres Angebotes dienen sollen.

Zentrale Abschlussprüfungen lehnt die SPD ab.

Der Rahmenplan für Unterricht und Erziehung sowie die Festlegung der Anforderungen an den Mittleren Bildungsabschluss und das Abitur werden extern in Verantwortung der Senatsschulverwaltung vorgegeben, ohne die Schwerpunktsetzung an der Einzelschule zu gefährden.

Interkultureller Unterricht muss integraler Bestandteil der Aus- und Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer werden. Schülerinnen und Schüler nicht-deutscher Herkunft müssen motiviert werden, Lehrberufe zu ergreifen.

Auch Hochschulbereiche und ihr Studienangebot sind regelmäßig von außen in Bezug auf ihre Standards und Leistungsfähigkeit zu untersuchen (Akkreditierung, Evaluation). Sie müssen insbesondere gewährleisten, dass die Mehrzahl der Studierenden einen Abschluss in der Regelstudienzeit erreicht.

Die Qualität von Bildungseinrichtungen hängt entscheidend von der Qualifikation und dem Engagement ihres Personals ab. Neben der fachlichen geht es auch um die pädagogisch-didaktische Qualifikation sowie um organisatorische Fähigkeiten und um das Einbringen von Erfahrungen aus verschiedenen Berufs- und Lebensbereichen. Die SPD setzt sich für eine grundlegende Reform der Ausbildungsinhalte und -strukturen sowie des Dienstrechts und der Vergütungsstrukturen für das pädagogische Personal ein. Nach der Erstausbildung kommt der laufenden Weiterqualifikation und der Möglichkeit des Wechsels zwischen verschiedenen Tätigkeitsfeldern besondere Bedeutung zu.

Die Fortentwicklung der Schulen und die Anforderungen an Lehrerinnen und Lehrer müssen eine grundlegende Reform der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung zur Folge haben. Professionelles Unterrichten erfordert eine neue Ausrichtung der Lehrinhalte und der Pädagogik, insbesondere für die Lehramtsstudenten im Oberstufenbereich. Attraktive Studiengänge und kürzere Prüfungszeiten sind notwendig, um die übliche Gesamtdauer der Ausbildung von acht Jahren erheblich zu reduzieren. Alle Lehrerinnen und Lehrer sollen während der Ausbildung ein außerschulisches Praktikum ableisten. Maßnahmen zur Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung müssen ausgebaut werden.

6. Verantwortung

Chancengleichheit ist wirksam nur zu sichern, wenn die Finanzierung von Bildung in staatlicher Verantwortung bleibt, Schulgeld-, Lernmittelfreiheit und Gebührenfreiheit für Schüler/innen, Auszubildende und Studierende gewährleistet sind und für die Bildung notwendige Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Am Prinzip des offenen Zugangs zu den Hochschulen und der Studiengebührenfreiheit für die Erstausbildung wird festgehalten, weil die Gesellschaft mehr Hochqualifizierte braucht und dadurch eher Chancengleichheit herzustellen ist. Wir setzen uns für eine über die jetzigen Verbesserungen hinausgehende grundlegende Reform der staatlichen Ausbildungsförderung ein.

Wir wollen eine gerechtere und wettbewerbsorientierte Verteilung von staatlichen Geldern erreichen und die Eigenverantwortung für zusätzliche Bildung und Qualifikation stärken.

Die staatliche Finanzierung von Bildungseinrichtungen muss deutlicher als in der Vergangenheit Prioritäten bei der frühkindlichen Erziehung und im Grundschulbereich setzen.

Über eigene Budgets ist die Eigenverantwortung der Bildungseinrichtungen zu stärken. Ziel muss sein, der jeweiligen Einrichtung die freie Disposition über Sach- und Personalmittel zu ermöglichen. Die Zumessung der Budgets erfolgt nach Grundbedarf, Berücksichtigung besonderer Aufgaben und Leistungskriterien. Die Budgets der Schulen sollen auch die soziale Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler berücksichtigen. Die jetzigen Hochschulverträge werden nur fortgeschrieben, wenn darin Leistungsziele vereinbart sind.

7. Motivation und Engagement

Das starre Beförderungs- und Besoldungssystem des Beamtenrechts wird heutigen Anforderungen an Flexibilität, leistungsgerechter Besoldung und Förderung nicht gerecht. Deshalb sollte bundeseinheitlich der Beamtenstatus nur noch da begründet werden, wo die Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben dies erfordert. Im Schul- und Hochschulbereich ist das nicht der Fall, deshalb sollten hier Angestelltenverhältnisse begründet werden.

So kann auch ein Weg eröffnet werden, das Engagement von Lehrerinnen und Lehrern an besonders sozial belasteten Schulen zum Beispiel durch geringere Unterrichtsverpflichtung zu honorieren.

Wir begrüßen die von der Bundesregierung eingeleiteten Schritte zur Neuregelung der Personalstruktur und die leistungsdifferenzierte Vergütung/Besoldung im Hochschul- und Forschungsbereich. Sie gibt dem wissenschaftlichen Nachwuchs in einem früheren Lebensalter Eigenverantwortung und kann mehr Innovationen fördern.

Den Hochschulen wollen wir möglichst weitgehende Selbständigkeit einräumen.

Darüber hinaus ist im Wissenschaftsbereich durch ein eigenes Tarifvertragssystem mehr Flexibilität und Differenzierung zu ermöglichen. Es wird durchlässig und im Interesse eines fairen Wettbewerbs institutionsübergreifend gestaltet.

8. Ausbildung und Beruf

Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, durch eine qualifizierte berufliche Bildung auf hohem Niveau die Zukunftschancen von Jugendlichen zu sichern, den Wirtschaftsstandort Berlin zu stärken und jedem Jugendlichen eine betriebliche Erstausbildung zu ermöglichen.

Nur eine qualifizierte Berufsausbildung eröffnet Chancen auf dauerhafte Beschäftigung. Der Bedarf an ausgebildeten Fachkräften nimmt in den nächsten Jahren erheblich zu. Eine Ausbildungs- und Weiterbildungsoffensive ist deshalb Voraussetzung für zukunftssichere Qualifikationen sowie für die Entwicklung unseres Wirtschaftsstandortes. Die berufsbildenden Schulen nehmen dabei eine zentrale Rolle ein.

Noch immer besteht in Berlin ein Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen, der mit Maßnahmen der Berufsvorbereitung, in hoher Zahl jedoch mit sinnlosen Warteschleifen nur unzureichend überbrückt wird. Ziel einer an Chancengleichheit orientierten Bildungspolitik muss es sein, allen Jugendlichen ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen bzw. nach Bedarf an Plätzen in der Berufsvorbereitung mit Ausbildungsanschluss zu machen. Die Berliner Sozialdemokraten werden weiterhin auf allen Ebenen darauf drängen, dass die Wirtschaft ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellt und dass eine faire Lastenverteilung zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben erfolgt. In Relation zur Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst muß auch der Staat ausbilden (mind. 5%).

Vermehrte Ausbildung, gezielt gefördert durch Verbundausbildung, im Bereich der neuen Medien verbessert die Zukunftschancen von Jugendlichen. Sie trägt zu einer beschleunigten Modernisierung der Berliner Wirtschaft bei. Diese muss geprägt sein durch mehr Kundenorientierung, Qualitätssicherung, Teamarbeit und Computerisierung. Die Berliner SPD unterstützt die verstärkte Berufsausbildung junger Frauen in diesen Zukunftsberufen. Ziel ist es, den Übergang von der bisher männlich dominierten industriellen Berufsausbildung zur Gleichstellung in der Ausbildung für die Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts zu gestalten.

Allen Jugendlichen muss die sichere Beherrschung elementarer Kenntnisse vermittelt werden, um sie für Ausbildungsberufe zu qualifizieren. Sie müssen am Ende ihrer Schulzeit über persönliche und soziale Kompetenzen verfügen, die sie befähigen, sich in eine Gemeinschaft verantwortungsbewusst einzubringen. Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, benachteiligte Jugendliche im Rahmen der allgemeinbildenden Schule durch ein praxisorientiertes Lernen zu Schulabschlüssen zu führen.

Die Modularisierung auf der Basis des Berufskonzepts ist ein sinnvoller Einstieg in die Individualisierung auch in der beruflichen Bildung. Sie kann lernschwächere Jugendliche schrittweise an berufliche Abschlüsse heranführen und sie kann im Rahmen einer modular-dualen Qualifizierung helfen, einen vollständigen beruflichen Ausbildungsabschluss zu erlangen. Dies ist zu ergänzen durch umfassende und kontinuierliche Beratungsangebote in Berufsvorbereitung und -ausbildung.

Die Berliner SPD setzt sich dafür ein, den Berufsabschluss einem allgemeinbildenden Abschluss gleichzusetzen und einen Übertritt in das System der allgemeinbildenden Institutionen zu ermöglichen. Ein Schritt dazu ist die Berufsoberschule, die baldmöglichst einzurichten ist.

Für alle nicht berufsqualifizierenden Bildungsgänge der Berufsschule wird ein Qualifizierungspass eingeführt, in dem erfolgreich absolvierte Ausbildungsbestandteile, nachträglich erworbene Schulabschlüsse und Sprachkenntnisse zertifiziert werden. Alle berufsvorbereitenden Bildungsgänge der Berliner Schule sollen mit Hilfe des Qualifizierungspasses mit außerschulischen Maßnahmen der beruflichen Bildung und der Arbeitsmarktpolitik verzahnt und auf eine schrittweise zu erwerbende vollständige Berufsausbildung ausgerichtet werden.

Berliner Jugendliche müssen ermutigt werden, einen Abschnitt ihrer Berufsausbildung im europäischen

Ausland zu absolvieren, was durch den "Europass-Berufsbildung" ermöglicht wird und bescheinigt werden kann.

Oberstufenzentren entwickeln sich zu Kompetenzzentren für die berufliche Bildung. Neben der Ausbildung eröffnen sie sich neue Tätigkeitsfelder im Bereich der Fort- und Weiterbildung. Kompetenzzentren sind Ansprechpartner und Beratungsagentur für die Qualitätsentwicklung im Bereich der dualen Ausbildung. Sie arbeiten marktorientiert im Rahmen einer engen Lernortkooperation mit Betrieben, Innungen, Verbänden und freien Trägern sowie der Wissenschaft zusammen.

Zur mittelfristigen Sicherung der Unterrichtsversorgung setzt sich die Berliner SPD für Ausnahmen vom Laufbahnrecht bei der Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern, für die Erteilung externer Lehraufträge, für eine Verstärkung der Ausbildung von Berufsschullehrerinnen und -lehrern sowie für eine an der beruflichen Realität orientierten, modernen Fortbildung für Berufsschullehrerinnen und -lehrer ein.

9. Lebensbegleitendes Lernen

Die Trennung der Lebensabschnitte Bildung, Ausbildung und Arbeit entspricht nicht mehr den Anforderungen von Wirtschaft und Gesellschaft. Hier bietet Weiterbildung mit staatlich anerkannten Abschlüssen die Chance der zusätzlichen Qualifizierung.

Die Veränderungen in der Arbeitswelt verlangen von den Menschen immer mehr und immer neue berufliche Qualifikationen. Gleichmaßen wächst bei den einzelnen das Streben nach neuem gesellschaftlichem Wissen und Orientierungsvermögen. Die Idee des lebensbegleitenden Lernens als Leitvorstellung für alle Stufen des Bildungsprozesses bietet hierfür viel Chancen.

Berufliche Schulen und die Hochschulen sollen ergänzend zu ihren Aufgaben der Erstausbildung mehr Aufgaben der Zusatzqualifizierung und Weiterbildung wahrnehmen und mit den übrigen Anbietern von Weiterbildung konkurrieren. Attraktive Zusatzstudien, Promotionsstudiengänge und sich selbst finanzierende Weiterbildungskurse und -programme komplettieren das Angebot der Hochschulen von morgen in diesem Bereich.

Das individuelle Recht auf Weiterbildung und die für die Weiterbildung erforderliche Infrastruktur, Standards und Finanzierungen müssen durch ein Weiterbildungsgesetz gesichert werden. Auch die Weiterbildung für Seniorinnen und Senioren muss ihren Stellenwert in der Gesellschaft haben. Die Erfahrungen und das Wissen der Älteren bieten viele Chancen für den Bildungssektor, die genutzt werden sollten. Die Ausweitung der Aufgaben soll im Wesentlichen durch die erzielten Einnahmen und eine bessere Ausnutzung der staatlich finanzierten Infrastruktur gedeckt werden.

Die Berliner Volkshochschulen müssen künftig die vielfältigen Bildungsinteressen in ihren Programmen stärker berücksichtigen. Mit ihren Angeboten bieten sie eine kommunale Dienstleistung, die insbesondere auch die gesellschaftlichen und kulturellen Dimensionen von Weiterbildung aufnimmt. Die Abstimmung unter den Trägern der Weiterbildung und die Zusammenarbeit zwischen ihnen ist zu intensivieren, um Fort- und Weiterbildungsangebote auch unter Berücksichtigung einer lokalen Beschäftigungs- und Strukturpolitik unterbreiten zu können.

Bibliotheken sind integraler Bestandteil unseres Bildungssystems. Das in diesen konzentrierte Wissen veraltet jedoch um so schneller, je weniger sie aus finanziellen Gründen in der Lage sind, ihre Bestände auf den jeweiligen Stand des Wissens zu aktualisieren. Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik muss daher sein, Bibliotheken finanziell so auszustatten, dass sie ihrer bildungspolitischen Aufgabe ohne Einschränkungen nachkommen können.

10. Wissenschafts- und Forschungsstandort Berlin

Berlin und Brandenburg haben ein herausragendes Potenzial an Hochschulen, Fachhochschulen sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Die Vielfältigkeit dieser Wissenslandschaft zieht kreative und hoch qualifizierte Menschen sowie Führungskräfte in die Stadt. Sie tragen zur Attraktivität Berlins bei. Nur über Bildung, Wissenschaft und Forschung wird Berlin wieder zu einem leistungsfähigen Wirtschaftsstandort.

Die Zukunft Berlins liegt in der Verbindung von Lehre, Forschung und Entwicklung. Nicht nur die Investitionen in Stein sind entscheidend, sondern die Gestaltung von Prozessen der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.

Berlin muss sich wieder dieser wichtigen überregionalen und internationalen Funktionen bewusst werden und seine wissenschaftlichen Einrichtungen finanziell angemessen ausstatten. Knappe Mittel müssen nachfrage- und bedarfsgerecht eingesetzt werden. Deshalb sollen die Empfehlungen des Wissenschaftsrates auf stärkerer Kooperation, Abstimmung und Umstrukturierung umgesetzt werden. Dies muss einhergehen mit einer besseren Kooperation mit Forschungseinrichtungen und Unternehmen der Region.

Über die Hochschulverträge sind stärker Anreize zu entwickeln, die die Kooperation der Hochschulen untereinander fördern. Ziel ist, die Leistungsfähigkeit der Fakultäten zu stärken. In den Verträgen sollen sich die Hochschulen auch verpflichten, ihre schon weit fortgeschrittene Internationalisierung voranzutreiben und verstärkt multilaterale Austauschstudiengänge anzubieten. Der Aufbau von Sommeruniversitäten für Studenten und Personen, die eine akademische oder berufliche Ausbildung absolvieren, ist voranzutreiben. Dazu gehört unter anderem die Einführung integrierter Auslandssemester sowie die Vermittlung von Teilen des Lehrangebotes in englischer Sprache.

Umfang und Qualität der Forschung und Lehre an Hochschulen, die Zahl der Absolventinnen und Absolventen und ihrer Ausbildung sind Voraussetzung für eine leistungsfähige außeruniversitäre Forschungslandschaft und die Entwicklung Berlins zu einem Zentrum der Bio- und Informationstechnologien. Die Kompetenzzentren Buch und Adlershof sind die zentralen forschungs- und wirtschaftspolitischen Investitionsschwerpunkte der Stadt.

Wirtschaftsfördermittel sollen so weitgehend wie möglich für den Ausbau der Wissenschafts- und Forschungslandschaft eingesetzt werden. Die Mittel dafür müssen konzentriert und zur Profilierung eingesetzt werden.
